

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 239/2015
Kiel, Donnerstag, 18. Juni 2015

Wirtschaft/
Unternehmensgründungen

Christopher Vogt: Wir brauchen zum Erhalt unseres Wohlstandes deutlich bessere Rahmenbedingungen für Gründungswillige

In seiner Rede zu TOP 23 (Unternehmensgründungen erleichtern) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Ein Unternehmen zu gründen und damit beruflich auf eigenen Beinen zu stehen, bringt jedem, der diesen Schritt wagt, eine gewisse Unabhängigkeit, aber – neben sehr viel Arbeit – auch ein gewisses Risiko. Ein solcher Schritt erfordert also sehr viel Mut. Es besteht immer die Möglichkeit, mit dem Schritt in die Selbständigkeit keinen dauerhaften Erfolg zu haben. Die Männer und Frauen, die sich für ein eigenes Unternehmen entscheiden und sich dafür vielleicht sogar aus einer sicheren Festanstellung herauswagen, leisten für unsere Gesellschaft, für unseren Wohlstand einen gewaltigen und nicht zu ersetzenden Beitrag. Ihre Unternehmen wachsen, schaffen Arbeitsplätze und zahlen Steuern.

Wenn man sich die Zahlen der Unternehmensgründungen anschaut, stellt man fest, dass es da noch sehr viel Luft nach oben gibt. Viele junge – und auch nicht mehr ganz so junge – Menschen scheuen bisher trotz vielleicht vorhandenem Interesse und guter Geschäftsideen diesen risikoreichen Schritt. Die junge Generation ist im Durchschnitt die wohl am besten ausgebildete und mehrheitlich in großem Wohlstand aufgewachsen. Viele sind jedoch verunsichert und drängen eher in den Staatsdienst (oder sitzen in Parlamenten) anstatt über eine berufliche Selbständigkeit nachzudenken.

Wir brauchen zum Erhalt unseres Wohlstandes aus unserer Sicht einerseits deutlich bessere Rahmenbedingungen für Gründungswillige, um ein besseres Gründungsklima in unserem Land zu schaffen, andererseits brauchen wir dafür aber auch ein Stück weit einen Kulturwandel: Scheitern sollte aus meiner Sicht in einer Sozialen Marktwirtschaft kein Makel sein. Scheitern bedeutet doch nicht, ein Leben lang versagt zu haben. Scheitern bedeutet,

Dr. Klaus Weber, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

überhaupt erst einmal den Mut gehabt zu haben, etwas zu wagen. Viele Gründer bedeutender Unternehmen sind zuvor – teilweise sogar mehrfach – mit ihren Geschäftsideen gescheitert und haben danach einen neuen Anlauf gestartet.

Meine Fraktion und ich wollen mit dem vorliegenden Antrag die Voraussetzungen für Gründungen spürbar verbessern. Uns geht es dabei nicht allein um innovative Start-Ups und den sog. ‚neuen Mittelstand‘, sondern z.B. auch darum, Betriebsübernahmen im Handwerk zu fördern. Unser Antrag umfasst insgesamt acht Punkte, die auf unterschiedlichste Weise Unternehmensgründungen unterstützen würden:

Dies soll bereits in der Schule beginnen. So sollen die Themen Selbständigkeit und Unternehmertum zukünftig in den Lehrplänen der Fächer mit Wirtschaftsbezug ab Sekundarstufe I verstärkt und die Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte in diesem Bereich verbessert werden. Dort wird schließlich der Grundstein für die berufliche Orientierung gelegt. Wir wollen die Selbständigkeit als Option für die eigene berufliche Laufbahn überhaupt erst einmal in die Köpfe der jungen Menschen bringen. Sinnvoll sind da z.B. Projekte, wo Unternehmer sich mit den Schülern darüber austauschen, was es heißt, ein eigenes Unternehmen aufzubauen und zu führen, Menschen zu beschäftigen usw.

Daran schließt sich unser Vorschlag an, die Rahmenbedingungen für wissens- und technologiebasierte Ausgründungen aus unseren Hochschulen zu verbessern. Ich weiß, dass es bereits große Bemühungen an unseren Hochschulen gibt, aber ein Mehr an Unterstützung und Interesse an dieser Stelle würde den Hochschulen gewiss helfen. Aber auch andere Bereiche, insbesondere die steuer- und finanzpolitischen Regelungen für Gründerinnen und Gründer, sind verbesserungsbedürftig. So sind eine Verkürzung der Aufbewahrungspflichten und die Abschaffung der monatlichen Umsatzsteuervoranmeldungspflicht für Existenzgründer machbare Beispiele für erhebliche Erleichterungen für Gründerinnen und Gründer.

Es sind aber auch die Finanzierungsbedingungen, die wir für dringend verbesserungswürdig erachten. Aktuelle Umfragen unter Experten ist zu entnehmen, dass diese die Verfügbarkeit von Eigenkapital in Deutschland lediglich als durchschnittlich beurteilen. Gerade technologieintensive Gründungen, die einen größeren Kapitalbedarf haben, sind neben Krediten von Banken auf Wagniskapitalgeber angewiesen, da es ihnen natürlich an Sicherheiten fehlt. Die befragten Experten attestieren Deutschland bei letztgenannter Finanzierungsform, insbesondere bei der Bereitstellung von Venture Capital durch Business Angels sowie beim Zugang zu Börsenkapital erhebliche Schwächen. Deshalb wollen wir ein sinnvolles Venture-Capital-Gesetz anregen, wie es auch von der Allianz für Venture Capital aus 16 deutschen Verbänden gefordert wird. Ich freue mich sehr, dass nach zwei Jahren im Amt nun auch der Bundeswirtschaftsminister das Thema Existenzgründungen und deren Finanzierung für sich entdeckt und Initiativen seines Amtsvorgängers aufgegriffen hat.

Ich möchte dafür werben, dass wir es im Hohen Hause bei diesem wichtigen Thema nicht bei Sonntagsreden belassen, sondern uns aktiv für Unternehmensgründungen einsetzen. Ich habe auch den Änderungsantrag der CDU-

Dr. Klaus Weber, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-fraktion-sh.de>

Fraktion zur Kenntnis genommen. Ich kann zwar nicht so richtig erkennen, was daran nun besser sein soll, aber ich denke, es würde Sinn machen, die vorliegenden Anträge im Wirtschaftsausschuss weiter zu beraten und im Rahmen einer Anhörung weitere Ideen zu entwickeln und das Thema voranzutreiben.“